

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1896

56 (6.3.1896) II. Blatt

Ausgabe:
Wöchentlich zwölf mal.
Abonnementpreis:
Vierteljährlich:
In Karlsruhe durch den Verleger
bezogen: 2 Mark 50 Pf.
In das Haus gebracht: 2
Mark 80 Pf., durch die Post
ohne Zustelgebühren 2 Mark
50 Pf. Vorauszahlung.

Badische Landeszeitung.

Anzeigegebühren:
Die 14tägige Kolonelle
oder deren Raum 20 Pf.,
im Restamentheile 60 Pf.
Bemerkungen:
Unbenützte Stellen
werden nicht aufbe-
halten und können nachträglich
für andere Anzeigen
verfügt werden.

Nr. 56. II. Blatt.

Karlsruhe, Freitag, den 6. März,

1896.

Ämtliche Nachrichten.

Der Großherzog haben unter dem 28. Februar d. J. dem Oberamtmann a. D. Adolf Frey in Karlsruhe das Ritterkreuz 1. Klasse des Großherzoglichen Ordens vomähringer Löwen verliehen.

Der Zugang zum Verwaltungsdienst in Baden.

Man schreibt uns:
Bei der Generaldebatte über das Budget des großh. Ministeriums des Innern ist von verschiedenen Seiten auf den verminderten Zugang junger Juristen zum Verwaltungsdienst hingewiesen worden und der Abg. Wildens hat in dankenswerter Weise die Gründe für diese auch regierungseitig als unerwünscht bezeichnete Thatsache im allgemeinen zurecht dargelegt. Die Gewinnung tüchtiger junger Kräfte in ausreichender Zahl für den so viele Betriebe des öffentlichen Lebens umfassenden Verwaltungsdienst ist auch unseres Erachtens von nicht zu unterschätzender Bedeutung für das allgemeine Wohl; eine Erörterung der Gründe des verminderten Zugangs erscheint daher — wie im Landtag, so auch in der Presse — gerechtfertigt.

Wenn auch der Abg. Land am Schlusse der fünfjährigen Generaldebatte die angebliche Legende von dem angenehmen Leben der Richter durch statistische Angaben zerstört hat, so weiß doch jeder mit den Verhältnissen einigermaßen Vertraute, daß es im Lande manchen Einzelrichter und manches Mitglied eines Kollegialgerichts giebt, die ihr tägliches Arbeitspensum — die Sitzungstage ausgenommen — in einem halben Vor- und einem halben Nachmittag bewältigen oder durch andere Einteilung ihrer Arbeitszeiten in jeder Woche 1 oder 2 völlig dienstfreie Nachmittage sich verschaffen können. Dabei sind die richterlichen Beamten an Sonn- und Feiertagen regelmäßig ebenfalls vollständig dienstfrei. Wir wollen nun keineswegs behaupten, daß die betr. Richter nicht genügend beschäftigt wären, denn es unterliegt keinem Zweifel, daß das Studium neuer Gesetze und Gerichtsentscheidungen eine jeden Richter in seinen Rufstunden vollauf beschäftigende, für seine juristische Weiterbildung erforderliche Aufgabe ist, zu deren Erfüllung er dieser freien Stunden nicht entbehren kann. Und auch diejenigen Richter, welche weniger freie Zeit erübrigen, haben doch wohl nur in Ausnahmefällen nötig, die Nachstunden, sowie die Sonn- und Feiertage zu dienstlichen Geschäften zu verwenden.

Von den Bezirksverwaltungsbeamten dagegen werden nur ganz wenige in dieser — durchaus nicht etwa als besonders glücklich oder beneidenswert zu bezeichnenden, sondern lediglich den normalen Zustand darstellenden — Lage sein. Diejenigen Amtsvorstände, welche gegenwärtig weder einen Amtmann noch einen Amtsgehilfen neben sich haben — nach dem Kommissionsbericht des Abg. Land sind dies 28 von 52 — müssen sämtliche Geschäfte der Bezirksverwaltung allein besorgen und daneben noch seit neuerer Zeit volltätigende Rechtspraktikanten, die den Verwaltungsdienst erst kennen lernen wollen, in denselben einführen. Die Vorstände der 24 größeren Ämter dagegen, bei welchen 21 Beamte oder Amtsgehilfen angestellt sind, haben neben den in ihr eigenes Respekt fallen den Geschäften auch die Arbeiten der Hilfsbeamten zu versehen.

Nun ist in den letzten 10 Jahren, insbesondere durch die soziale Gesetzgebung, das Arbeitergesetz und eine große Anzahl sonstiger Neuerungen und Änderungen in der Gesetzgebung die Thätigkeit der Bezirksämter nahezu auf das Doppelte des früheren Standes angewachsen, während die Vermehrung der Zahl der in der Bezirksverwaltung thätigen Beamten im Verhältnis zu dieser Geschäftszunahme nur eine geringfügige (von 80 auf 94) gewesen und nur den größeren Bezirken zu Gute gekommen ist. Die Amtsvorstände in den mittleren und kleineren Bezirken haben infolge dessen heutzutage nahezu die doppelte Arbeit zu bewältigen wie vor 10 Jahren und — abgesehen von den wenigen ganz kleinen Bezirken — müssen dazu nicht bloß die regelmäßigen Bureaustunden, sondern täglich noch einige Abend- oder Nachstunden, sowie fast alle Sonn- und Feiertage verwendet werden. Zu beruflicher Fortbildung durch Studium der reichhaltigen Fachliteratur bleibt dabei meist ebensowenig Zeit übrig, als die Sorge für die Gesundheit vielfach der Erfüllung der dienstlichen Pflichten hintangeworfen werden muß.

Im Vergleich mit den richterlichen Beamten ist die große Mehrzahl der Amtsvorstände mit Dienstgeschäften in einer Weise überlastet, daß die Frage nahe liegt, ob hierin nicht die mittelbare Ursache zu einer Reihe von Erkrankungen und Todesfällen zu suchen ist, von welchen in den letzten Jahren mehrere im besten Mannesalter stehende Amtsvorstände betroffen worden sind. Nicht minder als die Amtsvorstände sind aber auch die den größeren Bezirksämtern beigegebenen zweiten Beamten mit Arbeit überhäuft und die in letzter Zeit erfolgte Vermehrung der Zahl derselben bei den größten Ämtern wird bei der stetigen Zunahme der Geschäftstätigkeit auch nur für kurze Zeit Abhilfe schaffen können.

Wenn unter diesen Umständen nach bestandener Referendarprüfung an den jungen Juristen die Frage herantritt, ob er sich der Zutritt oder der Verwaltung zuwenden solle, so kann die Beantwortung derselben in der Regel wohl nur zu Ungunsten der letzteren ausfallen, und zwar nicht etwa, wie der Abg. Wader meinte, deshalb, weil unsere künftigen Beamten bei möglichst hoher Belohnung möglichst wenig arbeiten möchten, sondern weil sie während ihres Vorbereitungsstudiums in der Verwaltung sich selbst davon überzeugt haben, daß die Thätigkeit des Bezirksverwaltungsbeamten, der vielfach nicht einmal die Sonntage für sich und seine Familie frei hat, eine aufreibende, die Arbeitskraft vor der Zeit verbrauchende und die Gesundheit untergrabende ist.

Dazu kommt dann noch der ebenfalls vom Abg. Wildens mit Recht hervor gehobene Umstand, daß sich dem verheirateten Richter weit eher Aussicht bietet, verhältnismäßig bald und zu einer Zeit, wo es für den Unterricht seiner Kinder von größtem Wert ist, in eine Stadt mit entsprechenden Unterrichtsanstalten versetzt zu werden, während die geringere Zahl der höheren Verwaltungsstellen dem Bezirksverwaltungsbeamten diese Möglichkeit in weit geringerem Maße eröffnet.

Diese beiden Gründe sind unseres Erachtens allein ausschlaggebend für den verminderten Zugang zum Verwaltungsdienst und während allerdings der letztere derselben in der gegenwärtigen

ganisation bedingt und deshalb vorerst nicht zu beseitigen ist, ließe sich der Ueberlastung der Bezirksverwaltungsbeamten durch entsprechende Vermehrung der Zahl ihrer Hilfsarbeiter unschwer abhelfen.

Politische Erwägungen können für die Berufswahl eines Referendars nur in einzelnen Ausnahmefällen maßgebend sein, nämlich dann, wenn derselbe ein ausgesprochen politischer Parteigänger ist oder gar den Beruf des Agitators in sich fühlt und sich zur Regierung in Opposition stellen möchte. Das trifft aber bei den aus dem Referendarexamen hervorgehenden jungen Juristen nur selten zu; ihre politische Schätzung ist zumeist noch nicht beendet und ihre politische Ueberzeugung bildet sich erst in den folgenden Jahren fertig aus.

Zu einer Selbstprüfung in dem Sinne, wie es der Abg. Wader gemeint hat, haben sie um so weniger Anlaß, als ja dem Kandidaten nicht unbekannt ist, daß die 3. Zt. im Amt befindlichen Verwaltungsbeamten durchaus nicht lauter unbedingte Anhänger der nationalliberalen Partei sind.

Unseres Erachtens muß sich vielmehr die Selbstprüfung des Referendars, der in die Verwaltung eintreten möchte, heutzutage in der Richtung bewegen, ob er neben der nötigen Neigung zum Verwaltungsdienst und der damit verbundenen Pflicht der äußeren Repräsentation — der sich der Richter nach Belieben entziehen kann — die für die Stellung eines Amtsvorstandes erforderliche, durch unangelegte Ueberarbeit nicht Gefahr laufende Gesundheit und Körperkonstitution, sowie das nötige Maß von Entfaltung besitzt, um auf die Vorteile, die bei annähernd gleicher Höhe des Gehalts, die richterliche Stellung bietet, dauernd zu verzichten.

Diese Frage werden aber fast alle hervorragenden tüchtigen jungen Leute unter den erörterten Verhältnissen — wenn nicht eine ganz besondere Vorliebe sie zur Verwaltung hinzieht — verneinen, denn bei einem gewissen Maß von wirklicher Leistungsfähigkeit fordert schon das Selbstbewußtsein dazu auf, sich für das künftige Leben eine Stellung zu wählen, in der die Ansprüche, die man an das Leben stellen zu dürfen glaubt, auch Aussicht auf Befriedigung haben.

Badischer Landtag.

* Karlsruhe, 5. März.

55. öffentl. Sitzung der 2. Kammer.
Am Regierungstisch: Geh. Rat Eisenlohr und Reg.-Kommissäre.
Präsident Eisenlohr eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr.
Die Abg. G. Heilich und F. H. erhalten für einige Tage Urlaub.
Die Vorlagen betr. die Vereinigung der Gemeinden Hammersteinbach und Breitenbach sowie die Auflösung der Gesamtgemeinde Breitenbach und Erhebung der Orte Bruggen, Ralbachhausen und Mittelbrunn zu selbständigen Gemeinden gehen an die Gemeindeordnungs-Kommission.

Das Haus legt die Beratung des Beschlusses des Abg. Land über das Budget des Ministeriums des Innern fort.

Tit. X „Allg. Sicherheitsvorsorge“ wird debattiert angenommen.
Bei Titel XI „Wilde Fonds und gemeinnützige Anstalten“ dankt Abg. W. Heer (nat.-lib.) für die Erhöhung des Beitrags für die Jbiotenanstalt in Mosbach von 3000 M. auf 4500 M. Die Anstalt sei in echt christlichem humanem Sinn geleitet, ihre Mittel seien beschränkt und die Anforderungen an sie wachsen stetig. Redner verweist auf den Jahresbericht der Anstalt. Die große Regierung habe das Recht, 10 Freistellen in der Anstalt zu geben. Der Aufwand für 10 Kinder komme etwa dem Staatsbeitrag gleich. Solche Anstalten zu übernehmen wäre eigentlich Sache der Staatsregierung. So lange das aber nicht der Fall sei, müsse die Privatwohlthätigkeit in Anspruch genommen werden. Es sei zu wünschen, daß der Staatsbeitrag nicht eine Verminderung der privaten Gaben zur Folge habe, sondern in steigendem Maße die Anstalt offenhalte. Der Schuldstand der Anstalt sei 94,000 M. Die Ausgaben werden knapp durch die Einnahmen gedeckt, obwohl das Leben in Mosbach nicht teuer sei. Die Anstalt sei im Grunde etwas zu wenig bekannt und er hoffe, daß durch diese Anregung die Aufmerksamkeit weiterer mildthätiger Kreise auf diese Anstalt gelenkt werde.

Abg. Heilich (Chr.) vertritt, daß man der Anstalt für epileptische Kinder in Stuttgart, die man der Anstalt gebe wie der Anstalt für epileptische Kinder in Stuttgart.

Geh. Rat Eisenlohr: Die Anstalt in Stuttgart sei eine durchaus anerkannte. Der Vorstand derselben habe ihm erklärt, er wünsche eine Sammlung von Unterrichtsgegenständen und diese sei der Anstalt dann auch sofort zur Verfügung. Weitere Wünsche hatte der Vorstand nicht, welcher erklärte, daß die Anstalt reiche Mittel habe.

Bei der Position betr. das Erziehungshaus für Lungentranke teilt Geh. Rat Eisenlohr mit, daß der Vorstand der Versicherungsanstalt Baden und Obermedizinalrat Dr. Künzler dieser Tage an 14 Tagen Besichtigungen bei uns nach Karlsruhe gekommen seien. In der engeren Wahl gekommen seien 3 Plätze und zwar 2 in der Nähe von St. Georgen und einer in der Nähe von Neustadt. Ein definitiver Beschluß sei bis gestern Abend noch nicht gefaßt gewesen. Er bemerke irrtümliche Aufstellungen gegenüber, daß die Anstalt nicht dazu bestimmt sei, Renten im letzten Stadium der Lungenschwindsucht unterkunft bis zum Tode zu bieten, sondern dazu, Leute aufzunehmen, die den ersten Anfänge der Krankheit zeigen und bei welchen sich Aussicht auf Besserung bietet. Deshalb seien die Bedingungen, die an einzelnen Orten geknüpft worden, es würden sich viele Schwererkrankte dort aufhalten, nicht zutreffend.

Die Position wird genehmigt.

Abg. Blantzenhorn (nat.-lib.) beantragt, daß die Summe für Bauherstellungen an Badenbädern und Erweiterung der Kaltwasserleitung des Badens in Badenweiler nicht höher angesetzt werde. Er unterlasse es, einen Antrag auf Erhöhung von 17,000 M. nur als Abschlagszahlung. Der Betrag von Badenweiler sei im Budget begriffen und werde sich noch mehr steigern, nachdem jetzt die Bahn eröffnet sei. Er schildert die Verhältnisse und meint, daß in Baden das Kurhaus umgebaut und dabei auch eine Terrasse sowie ein Amphitheater errichtet werde. Die Kaltwasserleitung sei eine ganz rentable Anlage und werde mit den Kosten für die Erweiterung jetzt schon durch die jetzige Reineinnahme mit über 5 Proz. verzinst. Die Badenbäder, soweit sie bestehen, insbesondere das Warmbad, könnten sich mit einem großen Baufonds versehen, doch vermisse man ein Dampfbad. Er empfiehlt für ein solches das Anwesen des früheren Badearztes Dr. Siegel. Wenn ein Anbau an das Schwimmbad gemacht werde, sei ein Prachtbau nicht notwendig. Auch an Einzelbädern sehe er, Redner laßt die Kollegen ein, der für die schöne Jahreszeit Eisenbahnlinie in Aussicht genommenen Eröffnungsfest anzuhängen.

Ministerialrat Einhard: Es sei richtig, daß man in Badenweiler von der Förderung im Budget enttäuscht worden sei. Bestimmte Zusicherungen seien allerdings nicht gegeben worden, aber man habe Anhaltspunkte gehabt. Voranschläge für alle Bäder seien gefertigt worden, allein die Finanzlage sei hindernd dazwischen gekommen. Badenweiler selbst könne man nicht in Anspruch nehmen, weil ein Steigen der Umlage zu vermeiden sei mit Rücksicht auf die Niederlastung Fremder. Er hoffe, daß es möglich sein werde, bei dem nächsten Budget den Projekten näher zu treten, die jetzt zurückgestellt werden mußten. Unbedingt notwendig seien ein Dampfbad und Einzelbäder. Er glaube, daß Badenweiler einer glänzlichen Zukunft entgegengehe. Es sei jetzt durch die Bahn dem Weltverkehr angegeschlossen, habe eine milde Luft und herrliche Naturreize.

Abg. Benedey (Dem.) kann sich dem Abg. Blantzenhorn nur anschließen.

Sämtliche Positionen werden genehmigt und damit der ganze Bericht des Abg. Land erledigt.
Schluß 10 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Freitag Vormittag 9 Uhr.

Karlsruhe, Tagesordnung zur 56. öffentlichen Sitzung der 2. Kammer am Freitag, den 6. März 1896, Vormittag 9 Uhr: 1) Anzeige neuer Eingaben 2) Beratung des Beschlusses der Kommission für Eisenbahnen und Straßen über den Beschlusse der Kommission über den normalspurigen Nebenbahn von Albern nach Althausen betreffend. Berichterstatter: Abg. Fischer II. 3) Beratung des Beschlusses der Kommission über den Beschlusse der Kommission über den Beschlusse der Kommission über: a) Bitte des Bez. Amtes in Hirschmann, 3. Zt. Hilfsaufseher in Badenurg um stamtmäßige Anstellung betreffend. Berichterstatter: Abg. Müller; b) Bitte der Berichtsvollzieher Rudolf König Wittich in Philippsburg um Aufhebung ihres Wittwenhalts betreffend. Berichterstatter: Abg. Müller.

Die Amtsenthebung von Pfarrer Steudel von Wainfels in Württemberg.

Man schreibt uns:
Nachdem im April vor. J. über Pfarrer Steudel die Suspension vom Amte verhängt worden war und das gegen ihn eingeleitete Disziplinarverfahren nunmehr volle zehn Monate gedauert hatte, hat nun endlich am 21. Februar das württembergische Disziplinargericht für Geistliche, das aus Juristen und Theologen zusammengesetzt ist und den Präsidenten des Oberkonsistoriums Feiler, von Gemmingen zum Vorsitzenden hat, das Urteil der Amtsenthebung über den genannten Pfarrer ausgesprochen. Was ist der Grund der so schwerwiegenden Entscheidung? Allein in's Gewicht fällt nach der Urteilsverfugung, daß Steudel zufolge seiner von der Kirchenlehre abweichenden theologischen Anschauung zahlreiche erhebliche Mängel und Auslassungen in der Agende und Liturgie, sowie die Umdeutung wesentlicher kirchlicher Lehren im Religionsunterricht vorgenommen hat und an diesem Verfahren auch für die Zukunft festhalten als ein Recht beansprucht. Alles übrige, wie etwa seine Kundgebungen in öffentlichen Blättern, ist dabei nicht ausschlaggebend gewesen.

Was soll man zu diesem Urteilspruch sagen? Der Gerichtshof ist eingetreten für die kirchliche Ordnung und sieht diese nun gewahrt, wenn der evang. Geistliche in Ausübung des Gottesdienstes an den Kirchtagen der Agende, d. h. aller für den Gottesdienst gegebenen Gebete und Formulare gebunden ist und wenn er seinen Religionsunterricht im enghen Anschluß an die überlieferte Kirchenlehre, wie sie im Katechismus ausgedrückt ist, giebt. Es wird sowohl in Baden als in Württemberg, ja in der ganzen evang. Kirche gar viele Geistliche geben, die in ihrem amtlichen Wirken eine freie Stellung zur Agende und zum Katechismus als ein unzweifelhaftes Recht für sich in Anspruch nehmen. In der evang.-protestantischen Kirche Badens ist eine freie Stellung zu den Einzelheiten der Agende ausdrücklich im Wortort dieser gewährleistet, mit Verweisung auf ein in diesem freien Sinn geschriebenes Wort Luthers vom Jahre 1526 und ebenso wird eine freie Verfügung der vorhandenen Lehrbücher im Religionsunterricht seitens der Geistlichen als etwas selbstverständliches angesehen. Soll nicht das Bad., sondern der von persönlicher Ueberzeugung getragene Religionslehrer und Religionsunterricht lebendige Ueberzeugung in den Schülern wirken, so ist eine solche freie Stellung zu dem Lehrbuch unabweislich geboten. Mehr oder weniger werden gewiß viele Geistliche auch in Württemberg in derselben Verdamnis sich befinden wie Steudel. Der Urteilspruch des Gerichtshofes muß bei dieser ganz ungewöhnlich vorzuzulegenden Sachlage als ein durchaus ungedrehter und willkürlicher angesehen werden, weil der Gerichtshof nicht imstande ist, wenn er in seinem Urteil von erheblichen Mängelungen und von Umdeutungen wesentlicher kirchlicher Lehren redet, den Maßstab dieses Ergeblichen und Wesentlichen festzustellen.

Verhängnisvoll ist insbesondere die Entscheidung des Gerichtshofes, wenn in Erwägung gezogen wird, daß durch die Reformation für die evangelische Kirche die Gewissensfreiheit als das teuerste Gut errungen ist und daß die evangelische Kirche sich dieses Gut zu erhalten und zu wahren hat. Für die evangelische Kirche, die Kirche der Reformation und des Protestantismus, ist aller Wahrscheinlichkeit in religiöser Erkenntnis nicht in der Erhaltung der kirchlichen Ueberlieferung gegeben, sondern nur auf freier persönlicher Ueberzeugung gegründet. Leider ist in der Gegenwart die Meinung gar stark verbreitet, daß der evangelische Geistliche als bezahlter Diener der Kirche amtlich verpflichtet ist, sowohl auf der Kanzel als im Religionsunterricht die überlieferte Kirchenlehre zu vertreten, daß seine persönliche Ueberzeugung entweder ganz zurücktritt oder erst in zweiter Reihe sich geltend machen darf. Nichts kann den Stand der Geistlichen in dem Urteile der Gemeinden so sehr herabwürdigen, nichts so sehr das Vertrauen zu dem Prediger und dem Religionslehrer und der Wahrheit, die sie verkündigen und lehren, untergraben, als diese das religiöse Leben auf's Empfindlichste schädigende weite verbreitete Anschauung. Der Urteilspruch des Gerichtshofes muß dieser schlimmer Anschauung den mächtigen Vorstoß leisten. Es ist viel gefährlicher, als die Richter es sich vorstellen. Die theologischen Mitglieder des Gerichtshofes scheinen in ihrem Eifer für die kirchliche Ordnung Luthers Erklärung in Worms vom 18. April 1521 und die Protestation in Speyer vom 19. April 1529 vergessen zu haben. Sie haben es übersehen, daß in dem großen Umbruch der Zeit seit Kopernikus und Spinoza das Denken und Wissen der Menschen überhaupt, so auch das religiöse Denken und Wissen nicht stillgestanden, sondern mit gewaltigem Fortschritt weiter geführt worden ist, daß das philosophische Denken und das geschichtliche Forschen des letzten Jahrhunderts den mächtigsten Einfluß auch auf das theologische Wissen hat ausüben müssen. Nun ein vernünftiges Urteil wird die Geschichte, die nicht allzu ferne Zukunft über die verhängnisvolle Entscheidung vom 21. Februar fällen.

Unterdessen hat Pfarrer Steudel in den zehn Monaten seine Suspension ein sehr schönes Buch geschrieben, dem wir die weiteste Verbreitung wünschen: „Der religiöse Jugendunterricht.“ 2. Heft: „Die christliche Verkündigung in Neuen Testament.“ In diesem wird in ansprechender Form, in knapper Kürze (144 S.) die Geschichte der Entfaltung der neutestamentlichen Schriften, die Geschichte Jesu, sein Lehren und Wirken, kurz dasjenige, was evangelischen Christen am meisten zu wissen notwendig und worüber leider unter Gebildeten und Ungebildeten so viel Unwissenheit besteht, dargestellt. Das Buch ist ein glänzendes Zeugnis der Befähigung des Verfassers zum Beruf des Geistlichen und des Religionslehrers. Das Erscheinen dieses Buches kurz vor der Entscheidung, die Steudel aus Amt und Brot hinausdrängt, muß auch dazu beitragen, diese Entscheidung in ungunstigen Lichte erscheinen zu lassen.

Aus dem Großherzogtum.

Karlsruhe, 5. März. Der „Wald. Beob.“ sieht eine neue Aera im Lande Baden andeuten, eine Aera, die dem ultramontanen Blatt und mit ihm dem Abg. Wader sogar im Regiment Eisenlohr annehmbar erscheinen lassen könnte. Wir haben kürzlich geschrieben, daß Wader's Haltung in der Generaldebatte über das Ministerium des Innern sich kurz in die Worte zusammenfassen ließ: „Wir wären am liebsten zufrieden, wenn nur die badischen Oberamtswörter endlich

Drahtberichte.

London, 5. März. Der Staatssekretär der südafrikanischen Republik, Dr. De Vries, ist gestern hier eingetroffen. London, 5. März. Die „Times“ melden aus Kairo von gestern: Der Transportdampfer „Singapore“ ist heute von Port Said nach Massana abgegangen. An Bord desselben befinden sich die Generale Peuff, Salles und Gajzarella.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 5. März. Präsident v. Bülow dankt in ehrenvollen Worten des in der vergangenen Nacht verstorbenen früheren Vizepräsidenten v. Bülow. Sodann legt das Haus die Beratung der Zuckersteuer vorlage fort.

Abg. Hilbert (L. F.) spricht gegen die Vorlage, wird aber für Kommissionsberatung stimmen.

Abg. Gysi (F.) bittet um Ablehnung der Vorlage. Staatssekretär Graf Posadowsky bemerkt gegenüber den gestrigen Ausführungen Dr. Barth's, das Reich könne die aus dem Schutzsystem fließenden 356 Millionen schon im Interesse der Landesverteidigung nicht verlieren. Redner bestreitet den Nutzen des energischen Vorgehens gegenüber Amerika. Die Rückkehr zum Materialsteuersystem sei unter den gegenwärtigen Verhältnissen undenkbar. Die Zuckerindustrie steht vor der Frage, ob sie den überwiegenden Teil ihrer Produktion mit Prämien und nur einen kleinen Teil ohne Prämien abgeben oder ob sie ganz ohne Prämien arbeiten will. Die Entscheidung hierüber ist für die Landwirtschaft nicht zweifelhaft.

Abg. Rösche (M.) meint, die Erhöhung der Prämien werde dadurch nicht schwächer, daß sie ein Kampfmittel sein soll. Redner spricht sich gegen die Kontingentierung und die Staffelung der Betriebssteuer aus und bittet schließlich um Ablehnung der Vorlage.

Abg. v. Ploeg (Kon.) verteidigt den Bund der Landwirte. Die Vorlage sei zwar verfeinerungsbedürftig, habe aber eine gute Grundlage. Die Betriebssteuer muß ganz fortfallen und die Gesamtkontingentierung auf 17 Millionen Doppelpennier erhöht werden.

Abg. Schippel (Soz.) spricht sich gegen die Vorlage aus.

Abg. Baasche (nat.-lib.) führt aus: Der Zucker sei durch die bezahlten Prämien billiger geworden, die Steuerzahler hätten also keinen Schaden durch die Prämien. Möge die Zuckerindustrie aus der jetzigen schweren Krise als Siegerin hervorgehen. (Beifall rechts.)

Nachdem Abg. Barth auf die Vorteile des englischen Systems ohne Prämien verwiesen, schließt die Debatte. Die Vorlage wurde mit allen gegen die Stimmen der Linken an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen. Morgen Gewerbeordnungsnovelle. Schluß 4 1/4 Uhr.

Berlin, 5. März. Budgetkommission des Reichstages. Bei der fortgesetzten Beratung des Marineetat's: Einmalige ordentliche Ausgaben, Kap. 6-9, Bewilligung der ersten Rate für verschiedene Schiffe, erklärte Staatssekretär v. Marschall nach dem Referat des Abg. Dr. Lieber seine Bereitwilligkeit zur allgemeinen Aufklärung der hier gemachten Forderungen. Er hoffe, den Nachweis liefern zu können, daß es sich hier um dringende, unabweisbare Ausgaben handle. Redner hält seine, vor 14 Tagen in der Budgetkommission gemachten Erklärungen aufrecht. Die Erwägungen, die gegenwärtig stattfinden über die Flottenvermehrung, werden sich auf rein sachlichem Boden bewegen, und es werden die finanziellen Fragen nicht aus den Augen gelassen und die Leistungsfähigkeit unserer Werften berücksichtigt werden. An keiner Stelle wolle man in's Blaue hinein mit der Flottenvermehrung, um eine Weltpolitik zu führen. Die überseeische Politik sei nur ein Teil der auswärtigen Politik. Wir können keine Abenteuerpolitik treiben, wir müssen ein Wort des Friedens sein. Aber eine große Nation, wie die deutsche, muß entschlossen sein, ihre Interessen überall zu schützen und ein Mittel hierzu ist eine starke Kreuzerflotte. Alle Nationen beschäftigen sich augenblicklich mit der Frage der Vermeerung des Nitzenges zur See. Für eine überseeische Politik, wie sie unsere Nation billigt, wird sie auch bereit sein, die nötigen Mittel zur Beschaffung neuer Schiffe zu bewilligen. Wir dürfen nicht nur die Gegenwart berücksichtigen, sondern müssen auch die nächste Zukunft ins Auge fassen. Wir müssen von unsern Kreuzern verlangen, daß sie, wo sich unsere Interessen befinden, ab und zu die deutsche Flagge zeigen, und wenn es notwendig, mit Gewalt einschreiten können. Mit unsern Kolonien müssen wir als mit einer abgeschlossenen Tatsache rechnen. Unser Handel mit den überseeischen Ländern hat ungeheure Dimensionen angenommen. Unser Kapital ist überall beschäftigt. Ein neues Auswanderungsgesetz ist in Vorbereitung, um die deutschen Auswanderer dem deutschen Vaterlande zu erhalten. Auch dazu brauchen wir unsere Kreuzer. Endlich haben wir auch die Missionen im Auge zu behalten. Wir haben also große Aufgaben zu erfüllen. Der Abg. Richter hat neulich behauptet, wir könnten doch alle diese Dinge nicht in Zusammenhang bringen mit der Forderung neuer Kreuzer. Wir müssen uns aber doch allmählich mit dem Gedanken vertraut machen, daß unsere Ausflüge nach Westen und Osten ihren Zweck erreicht hat. Damit wird Deutschland gewonnen sein, die Expansion seiner Ausflüge seien weniger entwickelten Ländern zuzuführen, wo die Kultur und die staatlichen Bedingungen noch nicht so entwickelt sind. Ein großer Konkurrenzkampf wird sich dort entwickeln. Diesen Konkurrenzkampf mit anderen Nationen können wir nicht durch politische Noten ausgleichen. Wenn wir nun von den überseeischen Interessen unseren Blick auf unsere Kreuzer wenden, so ist das Bild weniger erfreulich. Die Kleider sind zu kurz, und das darf derjenige nicht getadelt werden, der sie weiter machen läßt, nur vielleicht auch etwas mehr, als augenblicklich nötig ist. v. Marschall schloß seine Erklärung mit den Worten, er hoffe den Nachweis geführt zu haben, daß unsere überseeischen Verhältnisse eine Vermeerung der Flotte dringend erfordern. Man wolle sich aber nicht der Täuschung hingeben, als ob wir eine Flotte wünschten, die mit den ersten Senatoren in der Welt in Konkurrenz treten sollte. — Nach längerer, an diese Erklärung des Staatssekretärs sich anschließender Debatte bewilligte die Budgetkommission gegen 5 Stimmen (Freiwillige, Volkspartei und Sozialdemokraten) Kapitel 6 Titel 8: zum Bau des Kreuzers 2. Klasse „M“ 1 1/2 Millionen Mark und Titel 9: zum Bau des Kreuzers 2. Klasse „N“ 1 1/2 Millionen Mark, sowie Titel 10: zum Bau des Kreuzers 4. Klasse „G“ 500,000 Mark; ferner Titel 11: 873,000 Mark als erste Rate zum Bau eines Torpedoboot-Divisionsbootes und Titel 12: 1,800,000 Mark als erste Rate zur Bestellung von Torpedobooten.

Die Niederlage der Italiener.

Massaua, 5. März. Die „Agenzia Stefani“ meldet: General Baratieri sandte aus Sogancini von gestern folgenden telegraphischen Bericht: Der Kommandant des 6. Eingeborenen-Bataillons, Major Cossu, sah in nachfolgender Weise die Geschichte der Eingeborenen-Brigade zusammen: Wir gingen am 20. Februar, 9 Uhr abends, von Sauriat aus und vereinigten uns nach Mitternacht auf dem Höhenzuge von Gaudak mit der Hauptkolonne. Beim Weitermarsch ging das Bataillon Turitto um etwa 2 Stunden voraus. Gegen 3 Uhr früh trafen wir mit der Brigade Rimondi zusammen. Das Bataillon Turitto rückte weiter gegen Anua zu vor. Mit Sonnenaufgang um 6.30 Uhr sah es wieder feste Stellung. In der Ferne vernahm wir Gewehrfeuer; das 2. Bataillon war an der Spitze der Hauptmacht unserer Truppen. General Albertone berief mich auf einen Hügel zur Rechten, wo sich in einer festen Stellung die Kompanie Martini aufstellte, während ich mich mit 3 anderen Kompanien zu seiner Unterstützung hielt. Das Feuer wurde äußerst lebhaft, bald darauf kam das Bataillon Turitto im Rückzuge von dem Berggipfel herab. 4 Batterien unterstützten das Bataillon mit andauerndem, zeitweise sehr schnellem Feuer, aber der Feind nahm an Zahl stets zu und um-

angestellte unsere Truppen von der Rechten zur Linken, während er sein Feuer nach der Mitte gerichtet hielt. Das Bataillon mußte zurückgehen, ebenso Turitto und die Meinen. Die Bataillone ließen den Höhenkamm herunter, unter dem Schutze des Feuers eines Bersagliers-Regiments, welches die Höhen besetzt hielt. Alle Geschütze mußten im Stich gelassen werden. Ein Offizier, der ein Geschütz fortzuschaffen wollte, wurde alsbald getötet. Hauptmann Amenduni überbrachte mittlerweile den Befehl vom Oberkommandanten, die Ascaris auf dem Rückzuge aufzuhalten und sie in eine feste Stellung zu führen. Allein dieselben waren erschöpft und die Offiziere gefallen oder verwundet. Darum wurde der Rückzug nach Sauriat fortgesetzt.

Massaua, 5. März. Die „Agenzia Stefani“ meldet aus Sogancini vom 4. d. M.: Oberst Ragui, Kommandant des 3. Regiments berichtet, daß in dem Kampfe am 1. d. M. die Brigade Daboromida die ihm von General Baratieri zugewiesene Stellung vor dem Basse Rabbi Arienne eingenommen hatte. Als gegen 7 Uhr ein anhaltendes Gewehrfeuer jenseits des Passes von Ghibaua Wert geschloß wurde, sandte General Daboromida auf den Berg zur Linken ein Bataillon Miliz; dieses war kaum auf dem Gipfel angelangt, als es in einen 40 Minuten dauernden Kampf verwickelt wurde, bei dem es starke Verluste erlitt, so daß es zurückweichen mußte, wobei es von starken feindlichen Massen in kurzen Abständen verfolgt wurde.

General Daboromida sandte 2 Bataillone Verstärkungen, welche aber nicht wirksam feuern konnten, da sie beschränkt zu sein mußten, die Unserigen zu treffen. General Daboromida ging jedoch mit seinen Streitkräften nach Mariam Schindia vor, wo die Lager des Malonens und des Mangajiga's waren. Während eines Augenblicks glaubte man an unseren Sieg, aber die zahlreichen Scharen der Feinde vereinigten sich an der rechten Seite und warfen sich auf Daboromida, welcher den Rückzug in der entgegengesetzten Richtung nach dem Basse Rabbi Arienne anbehielt, der sich in voller Ordnung vollzog. Unsere Artillerie schloß gut, sie verlor alle ihre Munition. Der Rückzug wurde durch mehrere Bajonettangriffe gedeckt.

Oberst Ragui übernahm den Befehl zum Rückzuge nach Sauriat mit der vereinigten Brigade, die alle ihre Gewehre hatte. Die Kanonen mußten bei Sauriat zurückgelassen werden infolge eines Angriffes auf die Front und in die Flanke. Gegen Abend setzte die Kolonne den Rückzug fort und teilte sich in zwei Teile, von denen der eine unter Oberst Ragui in relativ gutem Zustande nach Abbi Gaia und Entischo marschierte. Die Soldaten hatten Lebensmittel in Reserve. Von dem anderen Teil der Kolonne sind noch keine Nachrichten eingetroffen.

Demission des italienischen Kabinetts.

Rom, 5. März. Deputiertenkammer. Die Zugänge zum Gebäude der Deputiertenkammer sind von einer dicht gedrängten Menschenmenge besetzt. Der Saal, die Gallerien und auch die Diplomatenloge sind überfüllt. Ministerpräsident Crispien zeigt die Demission des Kabinetts an und erklärt, daß der König dieselbe angenommen hat. (Langanhaltender Beifall.) Krone: Es lebe der König! Zwischenrufe auf der äußersten Linken.) Crispien erklärt alledem, daß die Minister zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung bis zur Ernennung der Nachfolger auf ihrem Posten verbleiben werden. (Große Unruhe und laute Krake auf der äußersten Linken.) Der Präsident erjucht das Haus, sich zu vertragen, bis die Krone ihre Entscheidung getroffen hat. (Andauernder Beifall auf der äußersten Linken.) Die Sitzung wird unter großer Aufregung geschlossen.

Briefkasten.

Langjähriger Abonnent in Karlsruhe. Wir machen Sie darauf aufmerksam, daß die 5% Anatol. R. B. 111. unter der Rubrik „Prioritäts-Oblig. von Transport-Anstalten“ in unserem Kurzettel verzeichnet sind.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Reuß. Redaktionmitglieder: Heinrich Flach und Ernst Glog. Für den Anzeigenenteil verantwortlich: Alexander Steinhauer, sämtlich in Karlsruhe.

Witterungsbeobachtungen der meteorologischen Station Karlsruhe.

Baromet.	Therm.	Wind.	Wolkl.	Wind.	Temperatur.	Bemerkung.
4. März, Nacht 9 Uhr	734.7	5.2	4.8	72	SB.	heiter
5. März, Morgs. 7 Uhr	736.8	5.8	5.0	73	SB.	bedeckt
Wittags 2 Uhr	739.6	9.2	4.6	63	SB.	bedeckt

höchste Temperatur am 4. d. 8.8; niedrigste heute Nacht 5.0. Niederschlagsmenge der letzten 24 Stunden 1.8 mm.

Meteorologische Beobachtungen vom 5. März, Morgens 8 Uhr.

Ort.	Barom. u. Therm.	Wind.	Wetter.	Temperatur in Celsius.
Aberdeen	742	SB	frisch	4
Stockholm	747	ED	leicht	2
Saparanda	749	ED	leicht	— 1
Petersburg	770	S	leij. Zug	— 2
Roslan.	755	SB	schwach	7
Cort.	749	SB	leij.	8
Eberbourg	749	SB	leij.	8
Hamburg	743	SB	frisch	3
Wien	749	ED	schwach	2
Paris	748	SB	schwach	6
Karlsruhe	747	SB	hart	6
Wiesbaden	747	SB	leicht	4
München	751	SB	frisch	3
Berlin	745	SB	mäßig	4
Wien	752	SB	still	4
Breslau	749	S	schwach	4
Riga	751	SB	leicht	8
Triest	751	D	leicht	10

Wetterbericht der Deutschen Seewarte vom 5. März 1896. Ein tiefes barometrisches Minimum liegt über der nordwestlichen See, eine Ausläufer nach der deutschen Küste entsendend. Über den britischen Inseln ist bei hiesigen westlichen bis nordwestlichen Winden das Barometer fast gesunken, so daß Ausbreitung der westlichen und nordwestlichen Luftströmung zunächst über Westdeutschland wahrscheinlich ist. Eine Depression ist jenseits der Alpen in der Entwicklung begriffen. In Deutschland ist das Wetter trübe und ziemlich mild, bei meist südlicher Luftströmung; fast überall ist Regen gefallen. Hamburg und Rostock hatten gestern Nachmittag Gewitter, Magdeburg hatte Hagelstauer. Ganz Westdeutschland ist frostfrei. Berengarische, böige und etwas kältere Witterung ist wahrscheinlich.

Konkurrenzankündigungen. Karl Bollmer Nachf. (Soh. Mart. Nibel) von Durlach, Amtsgericht Durlach, Eröffnungstermin 2. März, Anmeldefrist-Ablauf 30. März, erste Gläubiger-Versammlung 14. März, Prüfungstermin 13. April. — Metzgermeister Josef Diebler von Freiburg, Amtsgericht Freiburg, 29. Febr., 20. März, 30. März, 30. März.

Geborene. Karlsruhe, 29. Febr. Elisabeth Augusta, B. Adolf Schneider, Maler; Betty Johanna Eva, B. Norbert Seimburger, Friseur. — 1. März. Marie Franziska, B. Peter Heberling, Berth. Deamter; Margarethe Katharine Karoline, B. Adolf Eohn, Schriftf. — 2. März. Frieda Rosa, B. Bernhard Ulrich, Schreiner; Anna und Wilhelmine (Zwillinge), B. Heinrich Wagner, Zeitungsträger; Anna Julie, B. Runo Deben, Lazarettinspektor; Amanda Rosa, B. Amundus Jull, Bahnarbeiter. — 4. März. Eugen Hermann, B. Johannes Graf, Stadtdiener.

Gestorbene. Karlsruhe, 3. März. Strähler, Albert, von Berlin, Sekretär und Kalkulator im Kriegsministerium, m. Elisabeth Kottschal von Kolberg; Bog, Ludwig, Schuhmacher von hier, m. Sofie Begler von hier; Dea, Jakob, Glasler, von Godesheim, m. Theresia Roidl von Berg.

Gestorbene. Karlsruhe, 3. März. Eiß, Friedrich, Freier, 20 J. — 4. März. Karl, B. Karl Mohr, Fuhrmann, 1 J. Dallen, 2. März. Franz, Friedrich, Kaufmann, 58 J. Dellinger, 2. März. Gummel, Johannes, 81 J. Offenburger, 2. März. Hölgin, Friederike, geb. Dittler, 72 J.

Viehmärkte in Ulm.

Auf den Wunsch des landwirtschaftlichen Bezirksvereins Ulm und anderer Interessentenkreise hat die Stadtgemeinde Ulm die Abhaltung monatlicher Viehmärkte beschlossen. Dieselben finden am 2ten Dienstag jeden Monats in der Gieselsbadgasse unweit vom Schlachthaus statt.

Der erste Markt wird am **Dienstag den 10. März d. J.** abgehalten. Staudgeld oder sonstige Gebühren werden nicht erhoben. Für Stallungen in der Nähe des Viehmarktplatzes ist gesorgt. Zu zahlreicher Besuche wird eingeladen.

Oberbürgermeister Wagner.

Technische Hochschule in Stuttgart. Die Vorlesungen des Sommersemesters beginnen am 16. April. Das Programm wird kostenfrei zugesendet. **Direktion: Ahles.**

Gaushaltungspensionat, verbunden mit höherer Töchterchule, Landau (Pfalz).

815.43 Praktische und theoretische Anleitung im Haushalt und allen feineren weibl. Handarbeiten, Schneidern, Wäschnähen, Buchführung, Anhandlehre. Auf Wunsch wissenschaftlicher Fortbildungunterricht. Sprach-, Musik-, Gesangs- und Musikunterricht. Staatlich geprüfte Lehrerinnen für alle Fächer im Hause. Pensionatpreis jährlich 550 Mark. Näheres durch den Prospekt und die Broschüre.

Elise Lang.

Institut Delessert, Château de Lucens Waadt (Schweiz), zur Erlernung der neuen Sprachen.

921.43 In diesem Institut, gegründet 1864, können junge Kaufleute in einem Jahre 3 Sprachen gründlich erlernen. Hauptzweck: Handelskorrespondenzen zu bilden. Mögliche Preise. Man wende sich an den Direktor **Em. Delessert junior.**

Gothaer Lebensversicherungsbank (älteste und größte deutsche Lebensversicherungs-Anstalt). Dividende 1. J. 1896: 29 1/2 - 114 1/2 der Jahres-Normalprämie — je nach der Art und dem Alter der Versicherung.

Pr. Rentenversicherungs-Anstalt (unter bes. Staatsaufsicht stehende größte deutsche Rentenanstalt). Leibrente bei einem Beitragsalter von 50 1/2 J. 7 1/2 %, 60 1/2 J. 9 1/2 %, 70 1/2 J. 14 1/2 %, 75 1/2 J. 17 1/2 %. In späteren Jahren mehr infolge Dividendenberechtigung. **Ernst Wegrich, Karlsruhe, Nowackanlage 15.**

Die Gartenlaube.

Der neue Jahrgang 1896 beginnt sofort.

Abonnements-Preis vierteljährlich nur 1 Mark 75 Pf. Romane und Erzählungen, welche demnächst erscheinen:

- E. Werner: „Safa Morgana“.**
- Rudolf Lindau: „Der Alageschrei“.**
- Marie Bernhard: „Freddy“.**
- W. Heimburg: „Großige Herzen“.**
- Hans Arnold: „Deckel auf Eisen“.**
- Ernst Eckstein: „Die Lieblichen“.**

Beliebte und unterhaltende Beiträge erster Schriftsteller. Künstlerische Illustrationen. — Ein- und mehrfarbige Anzeigelagen. Man abonniert auf die „Gartenlaube“ in Wochen-Nummern bei allen Buchhandlungen und Postämtern für 1 Mark 75 Pfennig vierteljährlich. Durch die Buchhandlungen auch in Hefen (jährlich 14) à 50 Pf. oder in Halbjahres (jährlich 28) à 25 Pf. zu beziehen. Probe-Nummern sendet auf Verlangen gratis u. franko. Die Verlagsbuchhandlung: Ernst Keil's Nachfolger in Leipzig.



Diese feinen Thees — à 2.50 bis 7.— per russ. Pfund v. 410 Gr. — unerreicht an Geschmack u. Aroma, empfehlen: 179.6.5 **V. Merkle, H. Baumann.**



Normal-Schulbänke in 25 verschied. Gattungen, auch in billiger Holzconstruction, nach neuesten Anforderungen der Schul-Hygiene und Pädagogik. **Fabrikat ersten Ranges.** Billigste Preise. Franco-Lieferung. Prospekte und Kostenberechnungen gratis. 10208.1 **Carl Eissner, Schulbankfabrik, Schönauberg bei Heidelberg.**

Ueberall zu haben!



Feinste Fabrikate! 933.12.3

775.6.4 Für Baden und die Pfalz sucht eine deutsche, auf eingeführte Lebeweise und Anfallversicherungsgesellschaft

Inspektoren

unter günstigen Bedingungen (Gehalt, Reisepesen, Provisionen) aus altbewährter Fabrik, ist außerordentlich billig unter realer Garantie zu verkaufen bei **L. Haack, Hauptvertraute 2, Karlsruhe.**

Destillir-Apparat

noch wenig gebraucht, und 4 neue kupferne **Musikzylinder** ohne Rührwerk, 32 bis 35 Lit. haltend, noch nicht gebraucht, billig zu verkaufen. **Gebr. Schäfer, Mannheim U 1, 16.**

Zwetschgenbranntwein.

Ein größeres Quantum 1896er reinen, selbstgebrannten Zwetschgenbranntwein hat zu verkaufen **Bierbrauer Bender, Seidelsheim bei Bruchsal.**

Pianino,

hochfeine Ausstattung, brillanter Ton, solide Construction, aus altbewährter Fabrik, ist außerordentlich billig unter realer Garantie zu verkaufen bei **L. Haack, Hauptvertraute 2, Karlsruhe.**

Einladung

an die

 **badische Geschäftswelt!** 

Die „Badische Landeszeitung“, von altersher die bevorzugte Zeitung des nationalgesinnten gebildeten Mittelstandes und zugleich eine publizistische Vertreterin der stärksten politischen Partei unseres Landes, hat seit dem 1. Januar an Verbreitung bedeutend zugenommen. Zu dem ansehnlichen Stamme von Abonnenten, die der „Badischen Landeszeitung“ in allem Wechsel der Zeiten treu geblieben sind, haben sich seit dem 1. Januar d. J. mehrere hundert neuer Abonnenten eingefunden, ein Umstand, welcher bekundet, daß das Publikum der neuen Leitung des Blattes mit Vertrauen entgegenkommt. Dieses Vertrauen wird nicht getäuscht werden. Langjährige Erfahrungen im Zeitungswesen berechtigen uns zu der Erwartung, daß unser Blatt immer mehr das werden wird, was sein Titel besagt, eine

Badische Landeszeitung.

Im gleichen Schritt mit der Zunahme der Verbreitung wird und muß auch ein neuer Aufschwung des Anzeigenwesens erfolgen. Ein in den gebildeten Ständen so viel gelesenes Blatt wie die „Badische Landeszeitung“ bietet der inserirenden Geschäftswelt Badens ganz besondere Vorteile. Wer sein Geschäft oder einen speziellen Verkaufsartikel in ganz Baden bekannt machen will, der wird diesen Zweck am besten durch eine Anzeige in unserm Blatte erreichen. Er kann sicher sein, daß dieselbe in allen Theilen des Landes und an vielen Plätzen außerhalb desselben gelesen wird. Dabei wird ein erfahrener Inserent die Abonnenten nicht bloß zählen, sondern auch wägen. Unser Blatt wird hauptsächlich in den

Kaufkräftigen Kreisen

gehalten und gelesen. Das Inseriren ist daher für jeden Geschäftsmann, der nicht bloß auf Massenabsatz spekulirt, sondern sich mit der Befriedigung der Bedürfnisse des wohlhabenden Publikums befaßt, eine

unumgängliche Nothwendigkeit.

Durch unsern Insertions-Tarif, den wir auf Wunsch bereitwilligst mittheilen, kommen wir dem Bedürfnis der Geschäftswelt so weit als nur möglich entgegen, und wir erlassen daher freundliche Einladung, von dieser günstigen Insertionsgelegenheit ausgiebigen Gebrauch zu machen.

Unsere Abonnenten und unsere Parteifreunde bitten wir, vorzugsweise solche Geschäftsfirmen mit Aufträgen zu bedenken, welche im Inseratenteil der „Badischen Landeszeitung“ vertreten sind, und sie wollen sich bei Erteilung der Aufträge gefälligst ausdrücklich auf die in unserem Blatte erschienenen Anzeigen beziehen. Sie werden dadurch nicht nur ihrer Zeitung, sondern auch der Förderung unserer politischen Bestrebungen einen Dienst leisten.

In dem Maße, als uns durch den Aufschwung unseres Blattes reichere Mittel zufließen, werden wir für die

weitere Ausgestaltung

nach Reichhaltigkeit und Gediegenheit besorgt sein, wozu wir durch die dreimal wöchentliche Ausgabe des Unterhaltungsblattes bereits einen Schritt gethan haben. Wir halten das unverrückbare Ziel im Auge, für das Großherzogthum Baden eine

vornehm gehaltene Zeitung in größerem Stile

herzustellen, und wir bitten insbesondere alle gesinnungsverwandten Kreise, uns in diesem Bestreben, welches wir ohne vielseitige Mitwirkung nicht zu erreichen vermöchten, kräftig und nachhaltig zu unterstützen. Sie für sei ihnen zum Voraus unser wärmster Dank ausgesprochen, den wir auch durch die That abstatuen werden.

Karlsruhe im Februar 1896.

Verlag und Expedition der „Badischen Landeszeitung“.